

FV Wolfgang Wedekind (SPD):

**Haushaltsrede 7.12.2023 zur Verabschiedung
des städtischen Haushaltes für das Jahr 2024**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr verehrte Mitglieder des Rates,
sehr verehrte Gäste im Besucherraum,
sehr verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

„Und ewig grüßt das Murmeltier“, so der deutsche Titel eines amerikanischen Kinofilms. Viele kennen ihn. Der TV-Reporter, gefangen in einer Zeitschleife, erwacht jeden Morgen neu um die gleiche Uhrzeit und durchlebt den gleichen Tag, gefangen in einer Situation, die kein Ende nehmen will.

Als Déjà-vu wird eine Erinnerungstäuschung bezeichnet, bei der eine Person glaubt, ein gegenwärtiges Ereignis früher schon einmal erlebt zu haben. Nach Umfragen hatten 50 bis 90 Prozent aller Menschen mindestens einmal ein Déjà-vu, vergessen aber meist nach einer gewissen Zeit, wo und wann es zuletzt auftrat. Soweit Wikipedia.

Anrede,

meine Déjà vu's finden statt, wenn ich mir Gedanken über die Haushaltsrede für das nächste Jahr mache.

Die finanzielle Lage unserer Stadt ist Jahr für Jahr problematisch.

Die Überschuldung ist das bestimmende Merkmal der städtischen Finanzen.

Hinzu kommt ein aktuelles Haushaltsdefizit von rund 16 Mio. €, errechnet für das Jahr 2024. Das ist ein Defizit, das durch Einsparungen bei weitem nicht mehr ausgeglichen werden kann.

Das ist nicht nur in Gladbeck so. Für die zehn kreisangehörigen Städte des Kreises Recklinghausen wird das Defizit für 2024 insgesamt auf rund 250 Mio. € geschätzt. Das ist eine ¼ Mrd. €!

Anrede,

geschönt wurde der Zustand der städtischen Finanzen in den letzten Jahren durch Sondereffekte, die bessere Ergebnisse zuließen, aber das strukturelle Problem nicht lösen konnten.

Erstens durch den Stärkungspakt mit dem Land Nordrhein-Westfalen. Von 2012 bis 2021 führte der zwar zu sehr löblichen Einsparungen der Stadt Gladbeck von rund 150 Mio. €.

Das wird heute mitunter vergessen.

Zusätzliche Landesmittel hatten diese eigenen Anstrengungen der Stadt erleichtert. Ein Deal, der Sinn gemacht hat. Eine wirksame Hilfe auch mit Landesgeld, begründet durch die damalige SPD-geführte Landesregierung von Hannelore Kraft.

Aber die strukturelle Überlastung der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen war damit nicht überwunden.

Die finanzielle Überforderung der Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens hat seitdem weiter zugenommen.

Mit dem Regierungswechsel 2017 hatte die neue, CDU-geführte Landesregierung, dieses Problem geerbt. Traurig ist, sie hat seitdem auf

wirksame Hilfen ganz verzichtet. Obwohl in zwei Koalitionsverträgen deutlich zum Ausdruck gebracht, steht eine grundsätzliche Neuordnung der Kommunalfinanzierung immer noch aus. Der angekündigte Alt-schuldenfond ebenfalls.

Anrede,

die landesgesetzlichen Vorgaben der jüngsten Vergangenheit, zur Isolation besonderer finanzieller Belastungen, Stichwort Corona und Ukraine-Krieg, haben lediglich zu einem weiteren Schattenhaushalt an Schulden geführt, und die eigentliche Finanzsituation der Überschuldung verschleiert. Das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz – NKF-CUIG), so der Titel, hat den bilanziellen Absturz verhindert. Jedoch nur auf Kosten eines neuen Schattenhaushalts an zusätzlichen Schulden, mit einer zusätzlichen Belastung von rund 50 Mio. €, nur in Gladbeck, die in der mittelfristigen Finanzplanung mitgeschleppt und abgestottert werden muss. In den kommenden 50 Jahren mit rund 700.000 € jährlich, wenn ich richtig informiert bin.

Auch die aktuell geplanten gesetzlichen Veränderungen der Landesregierung, bringen uns finanziell nicht weiter. Denn was sollen bei einer finanziell überforderten Kommune Verlustvorträge, um Schulden auf das nächste Jahr zu verschieben?

Auch die Erhöhung der globalen Minderausgaben, die den städtischen Ämtern verordnet werden können, führt letztlich nicht zur Lösung des Problems.

Ich erinnere hier an das Bild vom nackten Mann, dem man nicht mehr in die Tasche greifen kann.

Anrede,

deswegen kommt es nicht von ungefähr, dass der Rat der Stadt Gladbeck im Oktober einen Appell an Bund und Land für eine auskömmliche Finanzausstattung gerichtet hat. Darin heißt es unter anderem:

„Die kumulative Belastung unserer städtischen Finanzen durch verschiedene Faktoren ist besorgniserregend. Die aktuellen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen mit einer inflationären Preisentwicklung, der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten, die unsere Kapazitäten übersteigt, und die unzureichende Finanzierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich können wir ohne eine auskömmliche Finanzierung durch Bund und Land nicht mehr tragen. Ebenfalls belastend sind die ständig steigende Umlagebelastung und die zunehmenden Zinsbelastungen für die kommunalen Kredite. All diese Faktoren untergraben unsere finanzielle Stabilität zutiefst und stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Erfüllung unserer Aufgaben dar.“

Soweit das Zitat aus unserem Appell vom Oktober.

Anrede,

deshalb kommt es nicht von ungefähr, dass auch unsere Stadt Mitglied der Initiative »Für die Würde unserer Städte« ist, die ebenfalls auf die Finanzmisere hinweist. Dazu habe ich im letzten Jahr an dieser Stelle Ausführungen gemacht.

Anrede,

die strukturelle Überforderung unserer Stadt durch Aufgaben von Bund und Land nimmt uns finanziell betrachtet die Luft zum Atmen. Und diese Situation wird immer schlimmer!

Wer immer noch meint, das sei ein spezifisches Problem der Stadt Gladbeck und vielleicht die Folge einer verfehlten Ausgabenpolitik oder mangelnden Sparwillens, der irrt.

Strukturelle Überbelastungen entstehen nicht durch Einzelmaßnahmen, die Geld kosten. Sie entstehen durch finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Hand der Stadt liegen und die die eigenen finanziellen Handlungsmöglichkeiten auffressen.

Anrede,

die von meiner Fraktion angeregte Berechnung des Anteils der freiwilligen Leistungen am städtischen Gesamthaushalt, hat ein sehr eindruckliches Ergebnis erbracht.

Wohl gemerkt, eine aufwändige Berechnung unserer Kämmerei, für die ich ihrer Leiterin Silke Ehrbar-Wulfen, stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, ganz herzlich danke. Sie leisten alle ganz hervorragende Arbeit. Und das weit über das übliche Maß hinaus.

Vielen Dank!

Anrede,

nach dieser Berechnung sind lediglich rund 5 % der zur Verfügung stehenden Finanzmittel der Stadt nicht gesetzlich gebunden. Eine weitere Abschichtung dieser Zahl, mittels eines wissenschaftlich anerkannten

und normierten Rechenverfahrens, ergab, lediglich 1 % des städtischen Haushaltes steht wirklich zur freien Verfügung.

Anrede,

angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass es kein Fehlverhalten in der kommunalen Ausgabenpolitik geben kann, welches solch immense Defizite produziert, wie wir sie haben.

Ein zweiter Punkt macht die Dramatik der Situation deutlich:

Parteiübergreifend haben sich 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von kreisangehörigen Kommunen in NRW (insgesamt gibt es 396) im September 2023 mit einem Brandbrief an Ministerpräsident Hendrik Wüst gewandt. Auch unsere Bürgermeisterin Bettina Weiß hat unterzeichnet. Darin schlagen die Kommunen Alarm.

In dem Schreiben weisen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf die sich verstärkende Herausforderung angesichts sinkender Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben hin. Das macht deutlich, wir sprechen hier nicht von einem Gladbecker Problem, sondern von einem Problem der strukturellen Finanzierung der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Auch die kommunalen Spitzenverbände in NRW, also Städtetag, Städte- und Gemeindebund und Landkreistag, fordern die Landesregierung eindringlich zu einer Neugestaltung der Kommunalfinanzierung auf.

Einer der wichtigen Protagonisten dieser kommunalen Bewegung ist beispielsweise der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen. Wie bekannt Mitglied der CDU. Und auch wenn wir auf den Kreis

Recklinghausen schauen, dem wir als Stadt angehören, so haben wir mit Landrat Bodo Klimpel, ebenfalls CDU, einen weiteren deutlichen Mahner, was den Zustand der kommunalen Finanzen angeht.

Anrede,

ich sage das nicht, weil es der SPD an Initiativen zur Neuordnung der Kommunalfinanzen mangelt. Da gibt es mehrere Plenaranträge im Landtag und viele Initiativen von der SPD als Partei, von der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und auch von vielen uns nahestehenden Akteuren, wie zum Beispiel dem DGB oder den Sozialverbänden.

Übrigens auch von unserer Bürgermeisterin, die bei jeder passenden Gelegenheit Land und Bund auf diesen dringenden Handlungsdruck hinweist.

Auch für diesen unermüdlichen Einsatz, liebe Bettina, herzlichen Dank!

Anrede,

ich führe das hier auf, weil ich deutlich machen will, dass die Erkenntnis der Notlage der Kommunalfinanzen parteiübergreifend ist.

Angesichts dieser Problematik ist für parteipolitische Interessen kein Platz. Es braucht das entschlossene Handeln aller demokratischen Kräfte, um zu einer grundlegenden Lösung der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Übrigens eine Pflichtaufgabe für jede Landesregierung.

So ist es in der Landesverfassung festgeschrieben. Dort steht, dass die Städte und Gemeinden des Landes mit einer auskömmlichen Finanzierung zu versehen sind.

Dies muss zusammen mit einem Altschuldenschnitt erfolgen. Dazu bedarf es der Hilfe der Landesregierung. Diese Hilfe ist überfällig.

Mit Blick auf die Zeit nur der kurze Hinweis darauf, dass ein Altschuldenfond kein Zauberkunststück ist. Bundesländer wie beispielsweise das Saarland, wie Hessen oder Rheinland-Pfalz haben längst eine Lösung gefunden und ihre Kommunen entlastet. Das brauchen wir auch möglichst schnell für Nordrhein-Westfalen.

Anrede,

mit Blick auf die städtischen Finanzen hilft uns das alles im Moment aber nicht weiter.

Was wir jetzt in Gladbeck brauchen, ist ein beschlossener Haushaltsentwurf, der dann der Kommunalaufsicht zur Prüfung zugehen kann. Wir wissen aus den vielen Gesprächen, die unsere Kämmerin mit der Kommunalaufsicht geführt hat, dass der heute vorliegende Haushaltsentwurf voraussichtlich eine Genehmigung erfahren wird.

Deswegen brauchen wir heute eine positive Entscheidung des Rates. Wir brauchen kein parteipolitisches Taktieren und keine Verschleppung des Ratsbeschlusses in das kommende Jahr.

Wir brauchen die Genehmigung der Kommunalaufsicht möglichst zeitnah, damit die Stadt auch im nächsten Jahr - so gering die Spielräume dafür auch sein mögen - selbstständig weiter handeln kann, um die Entwicklung unserer Stadt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger voranzutreiben.

Anrede,

diese Spielräume sind auch notwendig, weil es um dringend notwendige Investitionen geht. Diese Investitionen sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt und insbesondere in die Zukunft der kommenden Generationen. Sie müssen also auch weiterhin erfolgen, in vielen unverzichtbaren Bereichen, trotz der schwierigen Finanzsituation unserer Stadt.

Denn es geht auch um das Verfassungsgebot der „Gleichrangigkeit der Lebensverhältnisse“. Es darf nicht sein, dass mit dem Blick auf die Postleitzahl automatisch auf mangelnde Kitas und schlechte Schulen zurück geschlossen werden kann. Deshalb ist dieses verfassungsmäßige Gebot auch so wichtig: Es sichert den sozialen Frieden in unserem Land und die Chancengleichheit aller Menschen, die sich ihren Lebensweg erschließen wollen.

Um es ganz deutlich zu sagen:

Investitionen dürfen nicht länger als Kosten und Schulden betrachtet werden, sondern als Finanzierung einer guten und gerechten Zukunft!

Denn: Das Unrecht besteht nicht darin Schulden zu machen, wenn die Lage es erfordert, sondern Investitionen zu unterlassen, wenn sie erforderlich sind.

Anrede,

die jüngste Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigt, dass sich notwendige Investitionen in wenigen Jahren selbst finanzieren. Sie sind meist Voraussetzung dafür, dass private Investitionen überhaupt getätigt werden.

Herausforderungen wie der Klimawandel, die Digitalisierung, die Verkehrswende, der Fachkräftemangel oder eine alternde Gesellschaft lassen sich nur mit Investitionen in unser Gemeinwesen bewältigen.

Die jüngsten Ergebnisse des internationalen Leistungsvergleichs Pisa für 2022 zeigen, wohin mangelnde Investitionen führen: Bei diesem Vergleich haben unsere Schülerinnen und Schüler in Deutschland so schlecht abgeschnitten wie noch nie – sowohl beim Lesen als auch in Mathematik und Naturwissenschaften. Das gilt somit auch für Gladbeck. Und im Übrigen war Corona nicht nur in Deutschland, sondern überall!

Diesen Rückstand können wir nur mit einem modernen und funktionierenden Bildungssystem überwinden. Und dazu bedarf es erheblicher Investitionen vor allem für mehr Kitas und moderne Schulen. Bei der Gesundheit ist es nicht anders, bei der Sicherheit der Bürgerschaft auch nicht.

Anrede,

es liegt in der Verantwortung der Politik, für die notwendigen Investitionen Geld in die Hand zu nehmen, die Verwaltung in den Stand zu versetzen, um Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zeitnah und effizient erbringen zu können.

Das ist unsere politische Verantwortung, auch hier in Gladbeck, auch in schwieriger Zeit. Mit Blick auf die uns folgenden Generationen, aber auch die Generationen der älteren und hochaltrigen Menschen, die in Gladbeck leben. Eigentlich mit Blick auf die gesamte Stadtgesellschaft.

Und deshalb ist auch in diesem Jahr die wichtigste kommunalpolitische Entscheidung, hier im Rat mit Mehrheit einen Haushalt zu beschließen. Wir müssen handlungsfähig bleiben!

Anrede,

dazu braucht es eine Allianz der Vernunft in schwieriger Zeit. Das ist nicht immer einfach. Denn es gibt viele widerstreitende Interessen, die unter einen Hut zu bringen sind. Das sind sehr schwierige Abwägungsprozesse. Dabei ist es unmöglich alle beteiligten politischen Akteure immer zufriedenzustellen.

Es geht um den richtigen Weg und die Verantwortung für unser Gemeinwesen. Hier dürfen Einzelinteressen nicht über das Gemeinwohl gestellt werden!

Bei allen verschiedenen Perspektiven, Bewertungen und Priorisierungen ist klar: Das höchste Ziel, die aller erste Aufgabe, ist, einen Haushaltsentwurf mit Mehrheit zu beschließen, um diesen der Kommunalaufsicht vorlegen zu können.

Denn nur auf der Basis eines genehmigten Haushaltsentwurfes durch die Kommunalaufsicht, ist die Stadt in der Lage ihre Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger fortzusetzen, Dienstleistungen zu erbringen, Investitionen zu tätigen und selbständig handlungsfähig zu sein.

Anrede,

meine Fraktion hat zum Haushaltsentwurf wie auch im letzten Jahr Änderungsanträge eingebracht. Wir haben uns angesichts der Finanzsituation auf konzeptionelle Anträge beschränkt.

Dabei gibt es eine Ausnahme:

Wir möchten die ehrenamtliche Arbeit zur Pflege und Erhaltung unserer Sportstätten angemessen würdigen. Nach 20 Jahren Stillstand soll

die Finanzpauschale für die entsprechenden Vereine von 10.000 € auf 11.000 € pro Jahr angehoben werden.

Unsere weiteren Änderungsanträge sind konzeptioneller Art.

Wir wollen mit einem Bewegungs-Boost mehr Kinder in die Sportvereine bringen und die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen, Schulen und OGSs intensivieren. Dem Bewegungsmangel wollen wir damit den Kampf ansagen. Dazu gehört auch die Prüfung einer möglichen Ausweitung von Schwimmangeboten in der Stadt.

Wir wollen für das Ehrenamt des Übungsleiters werben und auch hier mehr Helfer*innen gewinnen, damit unsere Kinder und Jugendlichen in den Sportvereinen gut betreut werden.

Wir wollen dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung gerecht werden und mit einem neuen Einsatzkonzept die Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes in den Stadtteilen erhöhen, sowie mit Hilfe technischer Möglichkeiten die Überwachung problematischer Punkte im Stadtgebiet verbessern, insbesondere auch zur Bekämpfung des Drogenhandels. Und wir wollen prüfen lassen, ob die Ausstattung unseres KODs mit Body-Cams eine sinnvolle Maßnahme für die Sicherheit aller Beteiligten sein kann.

Wir wollen das Angebot und die Nachfrage nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Gladbeck weiter zusammenbringen. Unter Beteiligung aller Akteure wollen wir jungen Menschen besser helfen ihren Weg ins Berufsleben zu finden und nach Möglichkeit den Übergang von der

Schule in den Beruf in Gladbeck selbst zu finden, um sich teure und zeitaufwendige Pendelei zu ersparen.

Und letztlich wollen wir die Internationale Gartenausstellung nicht beerdigen. Sie bietet großartige Chancen zur Entwicklung unserer Haldenlandschaft im Gladbecker Süden. Das ist auch ein Versprechen an die Bevölkerung in Brauck und Rosenhügel, das wir einhalten wollen.

Deswegen freue ich mich, dass es uns gelungen ist am Montag eine Mehrheit für einen vernünftigen Beschluss im HFDA zu finden. Danach wollen wir eine fundierte Entscheidung über das weitere Vorgehen erst im Frühjahr nächsten Jahres treffen, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen, insbesondere hinsichtlich einer finanziellen Beteiligung des Landes, geklärt sind.

Anrede,

das war eine lange Rede. Aber angesichts der sehr schwierigen Situation in der wir sind, war es wichtig unsere Entscheidungshintergründe darzustellen und für den jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf angemessen zu werben.

Anrede,

wir brauchen heute ein starkes Votum für einen städtischen Haushalt 2024.

Wir brauchen die Unterstützung aller demokratischen Parteien.

Wir müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen, in schwieriger Zeit.

Wir müssen zusammenstehen und eine entwicklungsfähige Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ermöglichen. Dazu können wir mit dem heutigen Beschluss unsere Handlungsfähigkeit sichern.

Und wir müssen auch weiterhin alle Möglichkeiten ausloten, die zu vertretbaren Einsparungen und zur Konsolidierung der Stadtfinanzen beitragen können.

Das ist unser Auftrag!

Dafür sind wir gewählt worden!

Dem wird sich meine Fraktion nicht verschließen!

Glück auf!

Zum Stellenplan:

Anrede,

angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich zum Stellenplan nur einige wenige Anmerkungen machen:

Der Stellenplan ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres kommunalen Haushaltes. Mit zu wenig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können die Aufgaben der Stadtverwaltung nicht zufriedenstellend bewältigt werden.

Angesichts der immer weiter zunehmenden Aufgaben und der Komplexität der zu bearbeitenden Themenfelder, ist die Ausweitung des Personalbestandes eine Notwendigkeit, ob man will oder nicht.

Und rund 80.000 Überstunden zeigen (dabei ist die Feuerwehr noch herausgenommen), dass zusätzliches Personal dringend notwendig ist.

Auch hier gilt das, was ich vorhin zum Haushalt bereits ausgeführt habe: Wir müssen das richtige Maß zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren finden.

Der heute hier vorliegende Entwurf des Stellenplans ist für meine Fraktion ein gangbarer Weg.

Er ist kein Wunschzettel, sondern ein vertretbarer Kompromiss in schwieriger Zeit, um die Handlungsfähigkeit unserer Stadtverwaltung aufrecht zu erhalten.

Deshalb stimmt meine Fraktion auch dem Stellenplanentwurf zu.